

Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Rechte
durch die Juristenfakultät der Universität Leipzig

Dekan: Prof. Dr. Burkhard Boemke

Erstgutachter: Prof. Dr. Christian Berger

Zweitgutachter: Prof. Dr. Ekkehard Becker-Eberhard

Drittgutachter: Prof. Dr. Justus Meyer

Tag der mündlichen Prüfung: 25. April 2006

§ 32a UrhG als spezialgesetzlicher Bereicherungsanspruch

HAGEN HASSELBRINK

**§ 32A URHG ALS SPEZIALGESETZLICHER
BEREICHERUNGSANSPRUCH**

**SHAKER
VERLAG**

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zugl.: Leipzig, Univ., Diss., 2006

Copyright Shaker Verlag 2006

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN-10: 3-8322-5503-6

ISBN-13: 978-3-8322-5503-9

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407/95 96-0 • Telefax: 02407/95 96-9

Internet: www.shaker.de • eMail: info@shaker.de

VORWORT

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2006 von der Juristenfakultät der Universität Leipzig als Dissertation angenommen.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Christian Berger für die aufmerksame, effektive und überaus freundliche Begleitung des Entstehungsprozesses. Seine stetige Gesprächsbereitschaft und die unkomplizierte Betreuung haben maßgeblich zur zügigen Fertigstellung der Arbeit beigetragen.

Danken möchte ich ferner Herrn Prof. Dr. Ekkehard Becker-Eberhard, der in kürzester Zeit das Zweitgutachten erstellte.

Herr Bernd Weiß hat sich – nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen im Verlagsbereich – als unschätzbare Hilfe bei der mühevollen und zeitraubenden Aufgabe der Korrektur des Manuskripts erwiesen. Herr Jens Lindenhain hat die gesamte Formatierung der Arbeit übernommen und durch viele Anregungen sowie seine geduldige Art dem Autor die Veröffentlichung so einfach wie möglich gemacht. Beiden sei noch einmal herzlich gedankt.

Den mit Abstand größten Anteil am Gelingen haben jedoch meine Eltern. Einzig ihrer umfangreichen Unterstützung in allen Lebenslagen ist der Erfolg im Studium und im vorliegenden Promotionsverfahren zu verdanken. Ohne sie wäre ich niemals bis hierher gekommen. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Berlin, August 2006

Hagen Hasselbrink

INHALT

Vorwort	7
1. Kapitel: Problemstellung	
§ 1 Rechtspolitische Brisanz, Gang der Darstellung und Einführungsbeispiel	19
§ 2 Das Urhebervertragsrecht und die Interessengegensätze	20
A. Verfassungsrechtliche Aspekte des Beteiligungsrechts	20
B. Folgen der Einordnung „geistigen Eigentums“ unter Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG	21
I. Ausschließliche Befugnis des Urhebers	21
II. Angemessene Beteiligung	22
C. Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
I. Vertragsfreiheit als Ausgangspunkt	25
II. Einschränkungen	26
III. Strukturelle Unterlegenheit der Urheber und ausübenden Künstler	28
IV. § 138 BGB	32
D. Ineffizienz des § 36 UrhG (a. F.)	33
I. Grobes Missverhältnis	35
II. Vorhersehbarkeit	36
III. Kritik	37
IV. Ineffizienz in der Durchsetzung	39
§ 3 Zusammenfassung	41
2. Kapitel: Dogmatische Einordnung der Nachforderung	
§ 1 Die Trennung von Vergütungsbefugnis und Vergütungsanspruch	43
A. Notwendigkeit der Trennung	43
B. Die Vergütungsbefugnis	44
C. § 32a UrhG als schuldrechtlicher Anspruch	45
D. Der Vergütungsanspruch (§ 32a UrhG)	46
I. Vertragliche Einordnung	46
II. Gesetzliche Einordnung	48
1. Merkmale gesetzlicher Vergütungsansprüche	48
2. § 32a UrhG als gesetzlicher Vergütungsanspruch	48
a) Auflösung des dogmatischen Widerspruchs durch gesetzliche Einordnung	49

b) Systematik	51
c) Parallelen zu § 26 UrhG	51
d) Gesetzliche Vergütungsansprüche trotz uneingeschränktem Verbotsrecht	53
E. Zusammenfassung	55
§ 2 Die Einordnung des Vergütungsanspruchs in die zivilrechtliche Systematik	55
A. Deliktsrechtliches Verständnis (§§ 97 ff. UrhG)	55
B. Geschäftsführung ohne Auftrag	57
C. § 313 BGB – Störung der Geschäftsgrundlage	57
D. Inhaltskontrolle	59
I. Abgrenzung Inhaltskontrolle und Äquivalenzstörung	59
II. Zeitlicher Bezug des § 32a UrhG	60
§ 3 Der bereicherungsrechtliche Ansatz	62
A. Gegenstand der Bereicherung	63
I. Gegenstand der Bereicherung bei der Verletzung von Immaterialgüterrechten	63
1. Ersparnistheorie	63
2. Konsumierte Marktchance	64
3. Nutzung des fremden Rechts als Gegenstand der Bereicherung	65
II. Gegenstand der Bereicherung bei außergewöhnlich erfolgreicher Verwertung	66
1. Bereicherungsgegenstand in der Nachforderungssituation	66
2. Identität von Ertrag und Gegenstand der Bereicherung	67
B. Rechtswidrigkeit und Zuweisungsgehalt beim Beteiligungsanspruch	68
I. Rechtswidrigkeitstheorie	69
II. Allgemeine Konkretisierungen des Zuweisungsgehalts	70
1. Anknüpfung an das absolute subjektive Recht	71
2. Zuweisung aufgrund Verbotungsmöglichkeit	72
3. Zuweisungsgehalt aufgrund marktfähiger Verwertungsmöglichkeit	73
III. Zuweisungswidrigkeit bei Anknüpfung an marktfähiger Verwertungs-	
möglichkeit	75
1. Vertragliche Legitimation	75
a) Einführung	75
b) Zuweisung in der Nachforderungssituation	76
c) § 32a UrhG als wertungsöffener Ausgleich widerstreitender Interessen	79
2. Entwertung des Nutzungsrechts und Ausgleich von Unbilligkeiten	
des Abstraktionsprinzips	80
3. Subsidiarität des § 32a UrhG bei vertraglicher Vereinbarung	82

4. Rechtmäßigkeit der Verwertungshandlung	82
5. Bestimmung der Zuweisung in Abhängigkeit zum Zeitpunkt	83
6. Vergleichbarkeit mit Folgerecht – § 32a UrhG als Abschöpfungskondition	84
7. Zuweisungsgehalt bei rechtmäßiger Verwertung im allgemeinen Zivilrecht	86
8. § 32a Abs. 2 UrhG und § 822 BGB	88
9. Zusammenfassung	90
C. Bereicherung des Eingreifenden	91
I. Wert des Erlangten und Bereicherung des Vertragspartners	91
1. Wertberechnung und Bereicherung bei Immaterialgüterrechtsverletzungen	91
2. Wert des Erlangten und Bereicherung in der Nachforderungssituation	92
II. Bösgläubigkeit des Verwerters bei § 32a UrhG	94
§ 4 Internationaler Anwendungsbereich des Beteiligungsrechts	96
A. § 32a UrhG im internationalen Kontext bei vertragsrechtlicher Einordnung	97
B. § 32a UrhG im internationalen Kontext bei kondiktionsrechtlicher Einordnung	99
I. Geltung des Territorialitätsprinzips bei § 32a UrhG	99
II. Beurteilung des § 32a UrhG nach Art. 38 Abs. 2 EGBGB	101
III. § 32a UrhG als Fall des Art. 38 Abs. 3 EGBGB und das Schutzland als „wesentlich engere Verbindung“ nach Art. 41 Abs. 1 EGBGB	102
§ 5 Zusammenfassung	108
3. Kapitel: Anwendungsbereich des § 32a UrhG	
§ 1 Abgrenzung des § 32a UrhG von § 32 UrhG	111
A. Einführung	111
B. Strikte oder eingeschränkte ex-ante Sicht bei § 32 UrhG	113
I. Erfassung nachträglicher Verschiebungen durch § 32 UrhG	113
II. Stellungnahme	115
C. Anspruchskonkurrenz von § 32 UrhG und § 32a UrhG	119
I. Bejahende Sicht	119
II. Stellungnahme	121
1. Ergänzung der vertraglichen Vergütung durch § 32a UrhG	121
2. Vermeidung von Wertungswidersprüchen bei Unterlizenzierung	123
§ 2 Verhältnis zu sonstigen Ansprüchen	125
A. Folgerecht	126
B. Kabelweitersendevergütung	126

§ 3 Zeitliche Geltung	127
A. Anwendung auf Altverträge	127
B. Maßgeblicher Zeitpunkt bei § 132 Abs. 3 Satz 2 UrhG	130
C. Rückwirkung der Norm	132
§ 4 Persönlicher Anwendungsbereich	133
A. Filmurheber	133
B. Leistungsschutzberechtigte	134
I. Ausübende Künstler	134
II. Sonstige Berechtigte	135
III. Wahrnehmungsberechtigte	136
IV. Bestellverträge	137
C. Arbeitnehmer-Urheber	137
I. Einführung	137
II. Ablehnende Sicht	139
III. Positive Entscheidung der Anwendbarkeit	140
1. Historie und Systematik	140
2. Sinn und Zweck	142
IV. Zwischenergebnis	145
D. Beamte	146
E. § 69b UrhG und § 32a UrhG	148
F. Anspruchsverpflichtung	151
§ 5 Zusammenfassung	152
4. Kapitel: § 32a Abs.1 UrhG	
§ 1 Erträge und Vorteile	153
A. Erträge	153
I. Nettoeinnahmen	153
II. Bruttoeinnahmen	154
B. Vorteile aus der Nutzung des Werkes	157
§ 2 Kausalität und unentgeltliche Einräumung	160
A. Kausalitätsmaßstab	160
B. Open-Source Einräumungen	162
C. Verzichtsregelung	163
§ 3 Vom groben zum auffälligen Missverhältnis	164
A. Grobes Missverhältnis	164

B. Auffälliges Missverhältnis	166
I. Stufenfolge von Korrektursituationen	166
II. Vorgehen bei Bestimmung des Maßstabs	167
III. Die Grenze des Doppelten als Anhaltspunkt	168
IV. Maßgeblichkeit der Limitierung für Auskunftsanspruch	170
C. Exkurs: Beteiligungsgrenzen in Europa	173
I. Frankreich	173
II. Andere europäische Staaten	174
III. Stellungnahme	176
§ 4 Abzugsfähige Positionen	179
A. Gegenleistung	179
B. Berücksichtigung der gesamten Beziehungen	179
I. Reduzierung des Merkmals auf außergewöhnliche Belastungen	179
II. Quersubventionen und wirtschaftliche Gesamtsituation des Verwerter	182
§ 5 Rechtsfolge und Inhalt des Anspruchs	186
A. Änderung des Vertrages – Inhalt der Nachforderung	186
I. Herrschende Sicht – Vertragsänderungsanspruch	186
II. Stellungnahme – Zahlungsanspruch	187
B. Höhe der Zusatzbeteiligung	190
I. Herrschende Sicht – Angemessene Beteiligung	190
II. Stellungnahme – eine das Missverhältnis beseitigende Vergütung	191
§ 6 Vertragliche Schutzvorkehrungen	195
A. Schutz des Vertragspartners vor Inanspruchnahme	195
B. Umfassender vertraglicher Schutz des Urhebers	197
§ 7 Exkurs – Verjährung des Anspruchs	198
§ 8 Zusammenfassung	200
5. Kapitel: § 32a Abs. 2 UrhG	
§ 1 Rechtslage bei § 36 UrhG (a. F.)	203
§ 2 Das Gesetzgebungsverfahren	205
§ 3 Lizenzierung von Nutzungsrechten an Dritte	206
A. Berücksichtigungsfähige Gegenleistung	207
B. Abzugsfähigkeit der Lizenzgebühr	210
I. Meinungsstand	210
II. Bereicherungsrechtliche Erwägungen	211

III. Abzugsfähigkeit in Widerspruch zum Reformzweck	212
IV. Inkonsequenz in der Anwendung durch die Literatur	214
V. Kalkulationsfehler und Beispiel	215
C. Haftung von Lizenzgeber und Lizenznehmer	218
I. Lizenzerlöse als Erträge	218
II. (Teil-) Gesamtschuld zwischen Lizenzgeber und Lizenznehmer	221
1. Bejahende Sicht	221
2. Kritik	223
3. Stellungnahme	224
III. Ausgleich im Innenverhältnis	227
1. Rechtliche Konstruktion	227
2. Nachforderungsrecht als Rechtsmangel	229
3. Höhe der Ausgleichsverpflichtung	231
IV. Zulässigkeit vertraglicher Freistellungsregelungen	233
1. Generelle Zulässigkeit von Regressklauseln	233
a) Unzulässigkeit aufgrund § 32a Abs. 2 Satz 2 UrhG	234
b) Direkte Anwendung	235
c) Analoge Anwendung	236
2. § 138 BGB als Grenze der Freistellungsregelung	238
a) Generell positive Entscheidung	238
b) § 32a Abs. 2 Satz 2 UrhG als gesetzliches Leitbild	239
c) Beurteilung der Sittenwidrigkeit anhand der Risikoverteilung	241
3. Freistellungsklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	243
4. Altverträge und Rechtsgarantie	244
5. § 313 Abs. 1 BGB und Altverträge	246
6. Vertragliche Fixierung	249
7. Ergebnis	252
D. Aufteilung der Nutzungsrechte innerhalb der Lizenzkette	252
I. Aufteilung von Nutzungsrechten auf einer Verwertungsstufe	252
II. Addition von Einzelerträgen	255
1. Denkbare Konstellationen	255
2. Zustimmungende Sicht	256
3. Ablehnende Stellungnahme	257
a) Begründung aus dem Normzweck	258
b) Praktische Konsequenz – Ausforschung der Lizenznehmer	259

c) Bereicherungsrechtliche Aspekte	260
4. Abschwächung negativer Folgen	261
III. § 32a Abs. 2 Satz 2 UrhG bei mehrfacher Unterlizenzierung	263
1. Wirkungsgrad des Ausschlusses	264
2. Mehrfache Unterlizenzierung	265
3. Privilegierte Personen	266
4. Umfang des Anspruchsausschlusses	268
5. Reduktion bei fehlender Durchsetzbarkeit	269
§ 4 Zusammenfassung	271
6. Kapitel: Ergebnisse	
§ 1 Zusammenfassung Kapitel 1	273
§ 2 Zusammenfassung Kapitel 2	273
§ 3 Zusammenfassung Kapitel 3	274
§ 4 Zusammenfassung Kapitel 4	275
§ 5 Zusammenfassung Kapitel 5	276
Literaturverzeichnis	279
Kurzvita	295